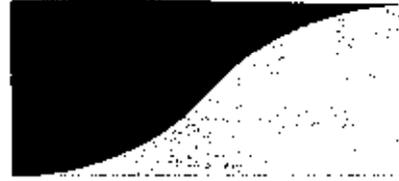


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

43. Jahrgang / 116

22. Juni 1988

Rudolf Scharping zum 55. Jahrestag des Verbots der SPD durch die Nazis: Die Lehren der Geschichte beherzigen.

Seite 1

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum 60. Geburtstag von Hermann Heinemann: Solide, solidarisch, bürgernah.

Seite 3

Walter Kolbow MdB zum Gedenken an Bruno Friedrich, der vor einem Jahr starb: Der herausragende Denker bleibt unvergessen.

Seite 4

Dokumentation:
Hermann Scheer MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion in Ostberlin: „Die atomare Weltordnung überwinden.“ Referat auf der Konferenz über kernwaffenfreie Zonen. (Teil II)

Seite 5

Die Lehren der Geschichte beherzigen

Zum 55. Jahrestag des Verbots der SPD durch die Nazis

Von Rudolf Scharping
Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

55 Jahre ist es her, daß die Nazi-Chargen die Sozialdemokratische Partei Deutschland verboten haben und damit die legale Arbeit der SPD im Nazi-Deutschland unterbanden. Wegen „hochverräterischer Aktivitäten“ mußte die Arbeit der SPD für lange Jahre in den Untergrund und die Emigration, Terror und Mord beherrschten das politische Leben Deutschlands.

Auch daran sollten wir immer wieder denken, wenn wir in diesen Tagen landauf landab, in Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken und als Gesamtpartei in wenigen Tagen in Frankfurt der 125jährigen Geschichte unserer Partei gedenken.

Viele, die heute in der Sozialdemokratie aktiv sind, wurden erst nach den Jahren des Nazi-Faschismus geboren, viele haben erst nach dem Neubeginn unserer Partei den Weg zur Sozialdemokratie gefunden. Und dennoch haben die dunklen Stunden in der deutschen Geschichte die Politiker der SPD geprägt und das Auge dieser Partei geschärft für die Gefahren von Totalitarismus, Faschismus und Diktatur.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht Umwelt
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Das braune Regime hat kurzen Prozeß gemacht mit all jenen, die ihre demokratischen Rechte reklamierten. Innerhalb einer Woche wurden über 3.000 Sozialdemokraten verhaftet, darunter etwa Paul Löbe und Max Westphal, wenig später ergriffen die Nazis auch Kurt Schumacher.

Viele unserer besten politischen Kräfte verschwanden von einem Tag auf den anderen und mußten ihre politische Überzeugung mit dem Tod in den Hinrichtungsstätten der Faschisten bezahlen.

Trotzdem konnten die Nazis die SPD und sozialdemokratisches Gedankengut nie ausrotten.

Mancher der Verfolgten überlebte im Untergrund oder im Exil. Sie alle haben den Gedanken der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit weiterentwickelt und damit die SPD über die Jahre des Verbotes zu einem Neubeginn geführt, der die Wurzel der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik war.

Zu den Lehren unserer Geschichte gehörte es, jede Art von Unterdrückung, Benachteiligung und Minderheitenhaß zu bekämpfen, denn niemals soll sich das Schicksal der Sozialdemokratie in den Jahren der Hitler-Diktatur wiederholen.

Deshalb haben wir gelernt, Mißtrauen und Wachsamkeit zu zeigen, wann immer sich Panikmache, Vorurteile und Desinformation zu einem neuen Nationalismus zusammenbrauen.

Vor allem die letzten Wahlergebnisse in deutschen Bundesländern, aber auch Entwicklungen in anderen Ländern Europas zeigen uns, daß diese Wachsamkeit, dieses Mißtrauen mehr als berechtigt sind.

55 Jahre nach dem Verbot der Sozialdemokratie im faschistischen Deutschland sammeln sich erneut rechte Kräfte, der braune Sumpf rührt sich wieder.

Vor 55 Jahren hat die SPD schmerzhaft erfahren müssen, daß die Beschwörung demokratischer Rechte und Pflichten alleine nicht genügen. Deshalb ist heute, vor unserer eigenen Geschichte, höchste Wachsamkeit geboten, damit die Schrecken der Vergangenheit sich nicht wiederholen können.

(-/22.6.1988/rs/ks)

* * *

Solide, solidarisch, bürgernah

Zum 60. Geburtstag Hermann Heinemanns

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Der Sozialdemokrat Hermann Heinemann, der in dieser Woche seinen 60. Geburtstag feiert, hat Zeit seines Lebens mit modischem Getue und Konzessionen an einen angeblichen Zeitgeist wenig, mit solider, solidarischer und bürgernaher politischer Arbeit jedoch viel im Sinn gehabt. Sein Ziel sei es, „für breite Schichten eine sehr menschliche Politik zu machen“, hat er selbst gesagt. Seit 1985 macht er eine solche Politik als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales im nordrhein-westfälischen Landeskabinett. Und er macht sie überaus erfolgreich.

Diejenigen, die ihn schon lange kennen, die sein Wirken in vielfältigen Funktionen innerhalb seiner Partei, seine Arbeit im Europaparlament, aber auch seine Tätigkeit als Direktor der Dortmunder Westfalenhalle schon seit vielen Jahren verfolgen, überrascht es nicht, daß er in so kurzer Zeit zu einem der profiliertesten Landespolitiker der gesamten Republik geworden ist. In einer Phase, in der Nordrhein-Westfalen seine wirtschaftlichen Strukturen tiefgehend verändert, ist es ihm gelungen, die Bürgerinnen und Bürger an Rhein und Ruhr dafür zu gewinnen, diese Veränderungen nicht passiv über sich ergehen zu lassen, sondern sie aktiv mitzugestalten und die Bemühungen um die Erreichung praktischer Ziele zu unterstützen.

Immer aufs Neue hat er dabei Ideen gegen die Massenarbeitslosigkeit gefördert, auch wenn Bonn ihm nur geringen Spielraum ließ. Und ungeachtet eines lebhaften Meinungsstreits unter den Wissenschaftlern, hat er auch auf dem Feld der Drogensucht gehandelt. Sein Kampf gegen AIDS ist so entschieden wie für die Betroffenen schonend. Auch beim politischen Gegner gibt es Stimmen, die darin einen wohlthuenden Kontrast zu den schneidigen Stammtischstrategien in anderen Bundesländern sehen. In Heinemann besäße der Bundesarbeitsminister auch einen sicheren Verbündeten bei der Reform des Gesundheitswesens, hätte er nur wie jener die Kraft, der mächtigen Pharmaindustrie standzuhalten.

Nüchtern und realitätsnah, aber durchaus auf der Höhe der gesellschaftlichen Diskussion, führt Hermann Heinemann schließlich seinen Bezirk Westliches Westfalen, dem er seit 1974 vorsteht und an dessen Spitze er gerade jetzt wieder mit einem überzeugenden Ergebnis gewählt worden ist. Fast jedes siebte Mitglied unserer Partei ist in diesem Bezirk organisiert. Der Parteitag des Westlichen Westfalens hat die in Nürnberg beschlossenen Positionen der Gesamtpartei schon geraume Zeit zuvor gut geheißert und ihnen damit ganz wesentlich zum Durchbruch verholfen. Und er hat in diesem Monat mit sehr großer Mehrheit den vom Parteivorstand vorgeschlagenen Statutenänderungen zur stärkeren Berücksichtigung von Frauen in Funktionen und Mandaten zugestimmt.

Hermann Heinemann hat zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß „den Sozialdemokraten ihre starke Position im Ruhrgebiet keineswegs in den Schoß gefallen ist.“ Die SPD habe ihre Erfolge in den Ballungszentren des Ruhrgebiets durch bürgernahe Politik erkämpft. In der Tat haben die Sozialdemokraten im bevölkerungsreichsten Bundesland auch bei komfortablen absoluten Mehrheiten nicht „abgehoben“, und stets ein hohes Maß an Geschlossenheit gezeigt.

Zu alledem hat Hermann Heinemann entscheidend beigetragen und dafür danke ich ihm im Namen der Partei, aber auch ganz persönlich. Wir brauchen ihn auch in Zukunft. (—/22.6.1988/hgs/fr)

* * *

Zum Gedenken an Bruno Friedrich

Der langjährige Vorsitzende des SPD-Bezirktes Franken starb vor einem Jahr

Von Walter Kolbow MdB

Am 20. Juni 1987 kam auf der Autobahn Würzburg-Nürnberg in Höhe des Biebelrieder Kreuzes ein Auto von der Fahrbahn ab, überrollte noch ein Verkehrsschild und kam dann zum Stehen. Am Steuer des Autos fanden die Helfer den Europaabgeordneten Bruno Friedrich. Der langjährige Vorsitzende hatte während der Fahrt einen tödlichen Herzinfarkt erlitten.

Nur wenige Wochen zuvor hatte Bruno Friedrich im Kreise vieler persönlicher und politischer Freunde seinen 60. Geburtstag gefeiert und dabei auf ein bewegtes Leben in Partei und öffentlichen Ämtern zurückgeblickt.

Bruno Friedrich wurde am 31. Mai 1927 im oberfränkischen Helmbrechts geboren. Nach abgeschlossenem Lehrstudium entschloß er sich als Journalist zu arbeiten. Seit 1960 gehörte er zum aktiven Teil der bayerischen SPD. 15 Jahre lang - von 1970 bis 1985 - führte er den mitgliederstarken Bezirk Franken, den er zu einem Vorreiter in organisationspolitischen und parteitheoretischen Fragen machte. „Organisation ist Politik“, sagte Bruno Friedrich oft und wies dabei den Ortsvereinen in der SPD eine bedeutende Schlüsselrolle zu. Sein Vorsitzendenamt legte er nach wiederholten heftigen Streitigkeiten um die Rothemundische Organisationsreform der bayerischen SPD nieder.

In den Bundestag wurde Bruno Friedrich 1972 gewählt, bald war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Bis 1980 hatte er dieses Mandat inne, bevor er sich endgültig für die Arbeit im neugewählten Europäischen Parlament entschloß. Bis 1984 war er dort einer der Vizepräsidenten. Gesundheitlich schon schwer angeschlagen, verzichtete er damals auf eine Wiederwahl in dieses Amt.

Bruno Friedrich gehörte zu den herausragenden Denkern der Sozialdemokratie. Elf Jahre im Parteivorstand zeugen vom Einfluß des unbeugsamen Franken. Seine Aufsätze, Reden und Arbeiten zur Organisationsentwicklung und zur Ortsvereinsarbeit setzten Wegmarken in der innerparteilichen Diskussion.

Im Bonner Parlament gehörte er zu den entschiedenen Verfechtern einer Aussöhnung mit den Staaten Osteuropas und begleitete intensiv die Demokratisierung auf der iberischen Halbinsel. Die sozialistischen Parteien in Spanien und Portugal zählten ihn zu ihren engen Freunden.

Bruno Friedrich war es auch, der auf dem Münchener Parteitag 1982 mit einem Antrag des Bezirkes Franken die Diskussion über ein neues Grundsatzzprogramm für die SPD in Gang setzte.

Hans-Jochen Vogel charakterisierte den bayerischen Sozialdemokraten bei der Trauerfeier des letzten Jahres so: „Bruno Friedrich war ein Franke, der seine Heimat und seine Herkunft aus einer Arbeiterfamilie nie verleugnete, sondern auf beides stolz war. Er hatte alle prägnanten Eigenschaften seines Stammes in sich vereinigt. Er konnte herzlich lachen und zur rechten Zeit von Herzen zornig sein.“

(-/22.6.1988/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Dr. Hermann Scheer: Die atomare Weltordnung überwinden (Teil II und Schluß)

Dr. Hermann Scheer MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, hielt auf der Konferenz über kernwaffenfreie Zonen am Dienstag in Ostberlin einen Vortrag, den wir in zwei Teilen veröffentlichen.

Atomwaffenfreie Zonen erzwingen atomare Abrüstung

Schon bei den bisherigen Ausführungen hat sich gezeigt, daß die These nur ein Teil der Wahrheit ist, es komme nicht darauf an, wo Atomwaffen stehen, sondern nur, wohin diese zielen. Keinem Atomwaffenstaat ist der Widerspruch zwischen Atomwaffenbesitz und Selbsterstörungsrisiko verborgen geblieben. Um das Selbsterstörungsrisiko wenigstens zu mindern; um sicherzustellen, daß nicht jeder Atomwaffeneinsatz sofort zum vollständigen Inferno führt, um Atomwaffen einsetzbar, also kriegsführungsfähig zu machen - aus all diesen Gründen wurden und werden die Standorte von Atomwaffen in bestimmter Weise ausgewählt. Wegen ihrer Zerstörungskraft sind Atomwaffenstandorte immer zugleich erstrangiges und im Zweifelsfall vorrangiges Angriffsziel gegnerischer Atomwaffen. Deshalb wurden und werden Atomwaffen in menschenleeren Regionen und auf U-Booten stationiert. Durch diese Stationierung wurde das territoriale Selbstvernichtungsrisiko zu mindern oder zu verlagern versucht. Wenn Frankreich und Großbritannien ihre weiterreichenden Atomraketen auf U-Booten stationieren, wenn die USA mehr als die Hälfte ihrer Fernraketen auf U-Booten stationiert haben und die Sowjetunion ihre Fernraketen in weiträumigen, kaum besiedelten Gegenden stationiert, so signalisieren sie damit, daß es sehr wohl darauf ankommt, wo Atomwaffen stehen - und nicht nur darauf, wohin sie zielen.

Die europäischen Länder aber, in denen Atomwaffen mit kurzer Reichweite stationiert sind, haben keine Möglichkeit zur Verlagerung und damit zur Minderung des Risikos - außer der einer Räumung ihres Territoriums von Atomwaffen. Hieraus ergibt sich, welcher Beitrag eine atomwaffenfreie Zone in den Ländern, wo heute atomare Kurzstreckenwaffen stehen, für eine atomwaffenfreie Welt leisten kann: schon ein atomwaffenfreier Korridor entlang der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag in Mitteleuropa - mehr noch eine Atomwaffenfreiheit in allen europäischen Ländern, die nicht selbst über Atomwaffen verfügen - würde dazu führen, die Logik des bisherigen atomaren Stationierungsprozesses zu brechen. Wenn in diesen Ländern keine Atomwaffen mehr stationiert wären, dann wäre es nicht mehr möglich, ihnen das vorrangige Selbstvernichtungsrisiko aufzubürden. Gegenwärtig ist es ihnen aufgebürdet, denn alle atomaren Einsatzdoktrinen fangen bei den atomaren Kurzstreckenraketen an. Die Kriegsführungsfähigkeit atomarer Waffen wäre beeinträchtigt, was gleichbedeutend ist mit der erheblichen Verminderung der Gefahr eines Atomkrieges.

Mehr noch: es ist nicht anzunehmen, daß Atomwaffenstaaten die Risiken atomarer Zerstörung, die sie auf Stationierungsländer übertragen haben, dann wieder verstärkt auf sich ziehen würden. Ein atomwaffenfreier Korridor, ein Abzug der Atomwaffen aus Ländern, die nicht selbst darüber verfügen, würden stattdessen das Motiv bei den Atomwaffenstaaten fördern, die atomare Abrüstung voranzutreiben. Je weniger Risiken anderen aufgebürdet werden können, desto höher wird das atomare Selbstvernichtungsrisiko der Atomwaffenstaaten. Da aber kein Atomwaffenstaat dieses Risiko erhöhen will, wird er sich gegen atomwaffenfreie Zonen sträuben oder das Tempo genereller atomarer Abrüstung beschleunigen. Setzt sich die atomwaffenfreie Zone durch, so beschleunigt sie also die atomare Abrüstung insgesamt.

Dieser Zusammenhang zeigt: atomwaffenfreie Zonen dort, wo es keine Atomwaffen gibt, sind ein politisches Mittel gegen die Verbreitung atomarer Rüstung. Je verbindlicher dieser Verbreitung aufgehalten werden kann, desto mehr können die Chancen für eine atomwaffenfreie Welt aufrechterhalten werden. Atomwaffenfreie Zonen dort, wo es Atomwaffen gibt, setzen aus dem bisherigen Prozeß atomarer Rüstung einen Prozeß atomarer Abrüstung in Gang und bringen diesen in Fahrt.

Atomwaffenfreie Zonen liegen nicht nur im Interesse derjenigen Länder, die Mitglied einer solchen Zone sind, sondern liegen im Interesse aller, die eine atomwaffenfreie Welt anstreben. Sie sind politische Schritte zur Selbstbestimmung der Völker, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern Wirklichkeit wird. Die von den Atomwaffen ausgehenden Gefahren für den Erdball zeigen, daß völkerrechtliche Selbstbestimmung nie mehr - denn das Wissen über die Herstellung von Atomwaffen ist nie mehr zu tilgen - gegeneinander zu erreichen ist, sondern nur noch miteinander.

Atomwaffen sind - Teufelswerkzeuge. Aber diejenigen, die an atomarer Abschreckung auf Dauer festhalten wollen, kompensieren diesen Tatbestand, indem sie sich durch die Verfügung über Atom-
macht tatsächliche göttliche Allmacht herausnehmen - denn sie haben die Gewalt zur Zerstörung der gesamten Zivilisationsgeschichte und der gesamten Zukunft in der Hand. Dieser Anspruch ist aber genauso menschenwidrig wie die teuflische Wirkung der Atomwaffen.

Die Chance für eine menschliche Welt haben wir nur, wenn wir die atomare Weltordnung so rasch als möglich in eine nachatomare Weltordnung überführen. Atomwaffenfreie Zonen sind unser unmittelbarer Beitrag dahin.

(-/22.6.1988/rs/ks)